

LOTHAR RATAI

## In welcher Zeit leben wir?

In was für einer Zeit leben wir bloß? Überall ist diese Frage zu hören. Und wie viele unterschiedliche, oft diametral entgegengesetzte Antworten gibt es darauf.

In einer Zeit des Reformstaus, sagen die einen. In einer der Globalisierung, meinen andere. In einer Wissensgesellschaft, fügen die nächsten hinzu. In einer Informationsgesellschaft, ergänzen wieder andere.

Die »Reformlinken« in der PDS denken, schreiben es aber nicht: Wir leben in der Zeit der »Moderne«. Die »Linken« in der PDS denken, schreiben es aber nicht: Wir leben im Zeitalter des Übergangs von einer kapitalistischen zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Darf man so etwas überhaupt sagen, geschweige denn schreiben, ohne die politische Polizei auf den Hals zu bekommen?

Ich halte es mit dem alten und doch so probaten Spruch: Den großen Bruder studieren – diesmal sind es die USA –, heißt verstehen lernen. Und demzufolge leben wir in einer stinknormalen kapitalistischen Gesellschaft, wie sie Marx und Engels vor 150 Jahren im Kommunistischen Manifest so glänzend beschrieben haben.

Was ist los mit unserer Gesellschaft, dass auf eine einfache und in der Luft liegende Frage derart unterschiedliche Antworten gegeben werden?

Gewiss, wir befinden uns in einer Phase rascher wissenschaftlicher und technischer Entwicklung. Selbstverständlich gibt es damit Veränderungen im Überbau. Altgewohntes verschwindet, sicher Gelaubtes wird unsicher, vor kurzem noch Unvorstellbares wird Wirklichkeit. Aber für einen Ossi sollte das nichts Neues sein, da das Kommunistische Manifest zur Pflichtlektüre einer jeden Ausbildung gehörte. Wer es vergessen hat, lese es erneut. Es lohnt sich überhaupt, Marx zu studieren. Er behauptet: Wollen wir eine Gesellschaft, eine gesellschaftliche Entwicklung verstehen lernen, dann müssen wir ihre materiellen Grundlagen, ihre materielle Entwicklung verstehen lernen. Nehmen wir diese Erkenntnis als auch jetzt noch gültiges Forschungsergebnis, dann liegt eine Antwort auf der Hand: *Wir leben in der Zeit der Ablösung der Fließbandarbeit und damit des Fließbandarbeiters durch die Automatisierung.*

Hält man diese These für richtig, dann verschiebt sich der Blickwinkel auf die Mehrzahl der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen und der damit verbundenen Probleme erheblich.

Natürlich sind für den Automatisierungsprozess Computer erforderlich, bedarf es hoch entwickelter Informationssysteme, vollzieht

Lothar Ratai lebt in Feldberg (Mecklenburg-Vorpommern). Zuletzt in UTOPIE kreativ: Gedanken zu Otto Lasis: »Woran ist die KPdSU gescheitert?«, Heft 164 (Juni 2004), S. 557-559; und: Gedanken eines gelernten Ossi, Heft 129/130 (Juli/August 2001), S. 738-745.

sich dieser Prozess auf der Grundlage einer hohen wissenschaftlichen und technischen Entwicklung. Das Ergebnis all dieser wissenschaftlichen Vorleistungen aber ist die Automatisierung der Fließbandarbeit.

Die Globalisierung ist nicht primäres Charakteristikum unserer Zeit, sondern Ergebnis der fortschreitenden Automatisierung der Produktion. Automatisierung erfordert hohe Stückzahlen und zwingt somit zu grenzüberschreitendem Absatz so lange, bis die Transportkosten den Rationalisierungseffekt aufheben. Wir sollten Ursache und Wirkung nicht durcheinander bringen. Wir können sicher sein: Dieser Prozess befindet sich erst in seiner Anfangsphase und wird weitere Wirtschaftszweige erfassen. Sogar die Landwirtschaft wird von diesem Prozess ergriffen. Für mich als Landwirt war es vor einigen Jahren noch unvorstellbar: In den Niederlanden schreitet die Automatisierung des Melkprozesses der Kühe rasch voran und greift jetzt auf Deutschland über. Sicher geglaubte Arbeitsplätze verschwinden und setzen für die verbleibende »Rest«belegschaft eine hohe Qualifikation voraus.

Zu dieser Entwicklung der materiellen Produktion, der zeitweise sprunghaft steigenden Arbeitsproduktivität, gibt es keine Alternative. Ein Aufbegehren gegen diese Entwicklung gleicht der Maschinenstürmerei vor 150 und 200 Jahren.

Bei allen Diskussionen zu diesem Problem sollten wir uns stets bewusst sein – und das wird von links und von rechts, von rot bis zu schwarz anerkannt: Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist die einzige die Entwicklung der Menschheit nicht begleitende, sondern jede gesellschaftliche Entwicklung voraussetzende Konstante der menschlichen Geschichte. Steigende Arbeitsproduktivität ist Voraussetzung und Garant für die Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums. Vor ungefähr 10 Jahren fand in San Francisco ein Weltforum statt. Dort wurde prophezeit: In wenigen Jahren wird die materielle Bedarfsdeckung der Menschheit durch 20 % der arbeitsfähigen Gesamtbevölkerung möglich sein. Ganz offensichtlich befinden wir uns auf diesem Weg. Damit aber erweist sich alles Gerede über notwendiges Sparen wegen der Generationengerechtigkeit, der Altersstruktur, ausbleibender Kinder, überbordender Gesundheitskosten usw. als reine Volksverdummung.

In der Geschichte hat es mehrmals ähnlich hohe Produktivitätssprünge in der materiellen Produktion gegeben. Bedingt durch die an diese Entwicklung nicht angepasste Gesellschaftsordnung führte das zumindest anfangs nicht zu einer Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung, sondern zu einer Verelendung breiter Bevölkerungskreise. Es gab damals drei hauptsächliche Wege des Ausgleichs: *erstens* über die Senkung des »überschüssigen« Bevölkerungspotenzials mittels Auswanderung; *zweitens* über eine Exportoffensive; *drittens* über die Entwicklung neuer, Arbeitsplätze schaffender Industriezweige in vorher nicht absehbarer Anzahl und Bedeutung.

Und dann gab es auch: über den Klassenkampf Durchsetzung eines allgemein höheren Lebensstandards.

Kann man aus der Geschichte Vergleiche, Lehren ziehen für die Lösung der gegenwärtigen Probleme?

Mit der *Auswanderung von Arbeitskräften* ist in der Gegenwart sicher kein Arbeitsplatzproblem zu lösen, weder in den Entwicklungs-

ländern noch den Industrieländern. Für die Entwicklungsländer bedeutet diese nicht vorhandene Möglichkeit ein erschwerendes Element in ihrer Entwicklung gegenüber den europäischen Ländern am Anfang ihrer Industrialisierung. Ich war vor einigen Jahren in indischen Großstädten in einheimisches Gewand und Aussehen geschlüpft, um das Leben ungestört beobachten zu können. Unvorstellbar, was passiert, wenn sich in so einem Lande die Technisierung, geschweige denn die Automatisierung in breitem Umfange durchsetzt. Was soll aus den dann »frei«gesetzten Menschenmassen werden, die jetzt zwar ein Hungerdasein fristen, dann aber überhaupt kein Einkommen mehr haben?

*Bedingungslose Exportinitiativen* sind für linke Bewegungen mit großen Schwierigkeiten behaftet. Der Güteraustausch zwischen technologisch etwa gleich entwickelten Ländern befruchtet die Entwicklung insgesamt. Der bedingungslose Warenexport in Entwicklungsländer behindert oder ruiniert in der Mehrzahl der Fälle die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder. Ein krasses Beispiel stellt das Indien der Kolonialzeit dar. Nach der Eroberung Indiens hat es nur weniger Jahrzehnte bedurft, um die einst blühende Metallurgie und Textilindustrie zu zerstören. Die Beispiele ließen sich beliebig erweitern. Klassensolidarität und Verständnis für die Probleme dieser Länder sollte Linken im Blut liegen. Mit Exportoffensiven wird sich das Arbeitslosenproblem sicherlich nur in beschränktem Umfang lösen lassen, und linke Bewegungen sollten die vorgetragenen Bedenken niemals außer Acht lassen.

Die in einem Industriezweig wegrationalisierten Arbeitsplätze sind im vergangenen Jahrhundert immer wieder durch *neu entstehende Industrien* ausgeglichen worden: Industriezweige, die sich auf der Grundlage neuer Erkenntnisse von Wissenschaft und Technologie entwickelt haben. Solche Neuentwicklungen sind über einen längeren Zeitraum nicht planbar oder prognostizierbar. Sie sind planbar lediglich über einen Zeitraum kumulativer bzw. quantitativer Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Diese »ruhigen« Perioden werden aber in immer rascherer Folge abgelöst von quantitativen Sprüngen, die prinzipiell nicht vorhersehbar sind. Nur: In der Gegenwart und mit Sicherheit noch mehr in der Zukunft werden sich neue Industrien auf höchstem wissenschaftlichem und technologischem Niveau entwickeln, und das heißt: Hand- und Bandarbeit wird es nicht geben. Es wird also auf diesem Gebiet in der Zukunft nur geringe Entlastungen des Arbeitsmarktes geben. Und während eines zu erwartenden konjunkturellen Aufschwunges wird es wohl einen zeitweiligen Stopp des Abbaus von Arbeitsplätzen geben, aber zu einem durchschlagend höheren Arbeitsplatzangebot wird es auch während einer solchen konjunkturellen Phase nicht kommen.

Es bleibt also der *Klassenkampf*. Es bleibt also der Klassenkampf der Arbeitslosen für ein menschenwürdiges Leben, der Kampf der Belegschaften für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Bleibt harter Klassenkampf für den Erhalt bereits einmal erkämpfter sozialer Sicherungen, harter Klassenkampf für die Verbesserung sozialer Sicherungen, harter Klassenkampf für die Teilhabe an der Möglichkeit wachsenden Wohlstandes.

Das ist nicht einfach und das wird nicht einfacher werden. Denn die Werkleitungen können tatsächlich die Belegschaften erpressen mit der Drohung des Abbaus von Arbeitsplätzen. Sie können tatsächlich Arbeitsplätze in großem Umfang abbauen und durch Automaten ersetzen. Und Automatisierung wird gegenwärtig oft nicht konsequent bis zum Ende durchgeführt, weil man soziale Unruhen vermeiden will, die nicht nur einen Betrieb, sondern ganze Regionen destabilisieren können. Dagegen ist die Drohung, die Erpressung gegen kampfbereite Belegschaften: Lohnabbau oder Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer häufig Bluff. Eine weitgehend automatisierte Produktion setzt eine hoch entwickelte Infrastruktur voraus und eine hoch qualifizierte Belegschaft. Und daran gerade mangelt es doch in den Entwicklungsländern.

Angedrohte Produktionsverlagerungen in die neuen EU-Länder hingegen sind für linke Bewegungen und Gewerkschaften ein schwieriges Problem. Bewahrung und Ausbau der Industrie dieser Länder ist im europäischen Rahmen unumgänglich. Ganz Europa würde erheblichen Problemen gegenüber stehen, ginge man mit der industriellen Basis dieser Länder genau so um wie mit der Industrie der DDR. Neben rein ökonomischen und politischen Bedenken sollte für linke Bewegungen und Vertretungen die Klassensolidarität eine Rolle spielen. Keine Gewerkschaft sollte das außer Acht lassen. Es ist einer der großen Mängel der EU-Verfassung, dass die erforderliche soziale Funktion der EU völlig unterbelichtet bleibt. Die Mängel der EU-Verfassung müssen im praktischen Klassenkampf ausgeglichen werden.

Fasst man zusammen, dann kann es im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und den Abbau sozialer Sicherungen nur *ein* Mittel und ein Ziel geben: *Verkürzung der Arbeitszeit bei Beibehaltung des bisherigen Lohnniveaus.*

Das ist im Grunde genommen kein Lösungsvorschlag, der über die Gesellschaftsordnung hinaus weist; im Gegenteil, er würde die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung stabilisieren. *Es wäre aber der geforderte »Ruck«, der durch die Gesellschaft gehen soll,* um aus dem Knäuel an Widersprüchen heraus zu finden.

Wahrscheinlich wird dieser »Ruck« illusorisch bleiben, unmöglich aber ist er durchaus nicht. Als geschichtliches Beispiel sei an die große Depression in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts erinnert. Die Geschichte zeigt uns drei reale Reaktionsmöglichkeiten auf: In *Deutschland* führte sie zum Faschismus und legte damit die Grundlage zum 2. Weltkrieg. In *Frankreich* führte sie zu einer Volksfrontregierung, die eine Faschisierung verhinderte. In den *USA* führte sie zum *New Deal*, der schwere soziale Unruhen verhinderte. Damit wurde eine der Grundlagen für die gegenwärtige Weltherrschaft der USA geschaffen.

Es zeigt sich an diesem Beispiel sehr deutlich, dass wir Menschen doch über erhebliche Eingriffsmöglichkeiten in den Gang der Geschichte verfügen, solange wir Grundgesetze einer gegebenen Gesellschaftsordnung nicht verletzen.

Wenn man bedenkt, dass gegenwärtig in der wirtschaftlichen und politischen Praxis gerade die Verlängerung der Arbeitszeit in all ihren Formen für eine prosperierende Wirtschaft empfohlen und

auch durchgesetzt wird, kann man sich über das Ausmaß an Verdummung nur wundern. Natürlich spürt die Jugend, dass hier keine ehrlichen Antworten gegeben werden. Mich haben vor zwei, drei Jahren im Zettelkasten des Neuen Deutschland einige Zitate von Gabriele Wohmann berührt, z. B.: »Wie es aussieht, nimmt ein erheblicher Teil der Jugend an einem die Gesellschaft durchziehenden Resignationsprozess teil. Es mutet schon gespenstisch an, wie es der radikale Neoliberalismus fertig bringt, seine Prinzipien so in den Seelen zu verankern, dass viele seiner Opfer selbst *dann* für ein Wirtschaftswachstum mitfiebern, wenn dessen Gewinne zu *ihren Lasten* nur einer Wohlstandsschicht zufließen. Will man diese Selbstaufopferung der Schwächeren für die Stärkeren etwa auch als Solidarisierung bezeichnen, so wäre das eine, die paradoxerweise von unten nach oben verläuft. Die Benachteiligten fühlen sich mitverantwortlich, das von oben bewirkte Auseinanderbrechen der Gesellschaft zu verschleiern, indem sie die steigenden Unternehmergewinne und die explodierenden Dividenden, von denen für sie nichts abfällt, in einer selbstentfremdenden Identifizierung mit den Mächtigen hinnehmen. Im Übrigen ist die Bedeutungsverschiebung des Solidaritätsbegriffes längst gelaufen. Gemeint ist oft nicht mehr der Zusammenhalt der Arbeiterschaft bzw. der sozial Unterprivilegierten, auch nicht mehr die Compassion für die Schwächeren, sondern vereinnahmt haben inzwischen den Begriff die Chefs, die Fraktionsführer, die Trainer, die von oben her Solidarität mit dem Betrieb, mit der Fraktion, mit der Vereinsführung einfordern. Sie sind es, die Solidarität verlangen, damit aber praktisch Gehorsam meinen« (nach Die Welt vom 23. 2. 1998).

Bei der Suche nach Antworten gleitet ein Teil der Jugend nach rechts. Für den Teil der Jugend, der linke Antworten sucht, stellt Hugo Braun, führendes Mitglied bei Attac und dem Sozialforum fest: »Die Attraktivität des Forums für die nach Alternativen Suchenden scheint ungebrochen. Neu und von kaum zu überschätzender Bedeutung war die breite Einbindung der Gewerkschaften in diesen Prozess. Mit ihnen könnte diese Bewegung die Chance erhalten, sich zu einem gesellschaftsverändernden Faktor in Europa zu entwickeln, der die Logik des Kapitals aufheben könnte« (Neues Deutschland vom 12. 11. 2004).

Da fangen die Irrtümer schon an. Man kann die Logik des Kapitals nicht aufheben, wohl aber durch Klassenkampf begrenzen. Für diese Möglichkeit gibt es eindrucksvolle geschichtliche Beispiele, wie etwa die Entwicklung Deutschlands zwischen 1870 bis 1910. Die machtvolle Dualität zwischen Links und Rechts hat mit zu dem raschen Aufstieg Deutschlands zu einer Wirtschafts- und Wissenschaftsmacht geführt. Und der Aufstieg der alten BRD als Schaukasten gegen den Osten hat mit der Entwicklung des »Rheinischen Kapitalismus« nicht nur zu einer Wirtschaftsblüte geführt, an die sich die Regierungskreise mit Wehmut erinnern, sondern auch zu sozialen Sicherungen für die Arbeitnehmer, an die diese sich ebenfalls mit der gleichen Wehmut erinnern.

Ich denke mir: Eine der Hauptaufgaben linker Parteien und Bewegungen sollte sein, gegen diese Resignation und gegen diese Verdummung mit theoretischen Diskussionen anzugehen. Mit Wehmut

erinnere ich mich an die großen Kongresse und Diskussionen in Berlin, Hannover, Dortmund und Wuppertal Anfang der 90er Jahre, wo wir uns zu drängenden Fragen unserer Zeit verständigt haben. Wie Mehltau hat sich über die theoretischen Diskussionen in und außerhalb der Partei die Meinung gelegt, die Lothar Bisky auch auf dem letzten Parteitag wieder geäußert hat: »Ideologische Grabenkämpfe oder interne Streitereien machen die PDS als politische Kraft letztlich überflüssig.« Diese Zeit hitziger Diskussionen war aber die Zeit des Aufstiegs der PDS bis zum Einzug in den Bundestag in Fraktionsstärke. Wir sollten solche Diskussionen wieder aufnehmen. Es ist viel zu schade um viele Artikel in »UTOPIE kreativ«, als dass sie in der Ablage der Redaktion verschwinden dürften. Wir sollten anknüpfen an Artikel wie Jochen Ebel und Berthold Kühn: Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit, in Heft 155 (September 2003), S. 819-829; Klaus Müller: Das neoklassische Lohn- und Beschäftigungsmodell – Kritik seiner wirtschaftspolitischen Ableitungen, in Heft 148 (Februar 2003), S. 159-168; Norbert Reuter: Die Wachstumsoption im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie, in Heft 136 (Februar 2002), S. 131-144. Und wir sollten mit Alfred Granowski über sein neues Buch »Weg aus der Orientierungslosigkeit« streiten.

Streiten wir uns!